

Bezugspreis:

Für die erste Hälfte Monat August 10000 M. voraus zahlbar. — Unter Kreuzband für die erste Hälfte August für Deutschland, Böhlg. Saar- und Rheinland sowie Ostpreußen und Pommern 64000 M. für das übrige Ausland 75000 M.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Wort und Welt“, der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und der Beilage „Geduld und Kleingarten“ erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3 Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295 Verlag: Dönhofs 2506-2507

Dienstag, den 31. Juli 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3 Postfachkonto: Berlin 375 36 — Bankkonto: Direktion der Döbbers-Gesellschaft, Postfach Lindenstraße 3

Anzeigenpreis: Die einseitige Nonpareilgröße kostet 20000 M. Reklamengröße 100000 M. „Kleine Anzeigen“ das fertige Wort 6000 M. (außerhalb zwei fertige Wörter), jedes weitere Wort 4000 M. Stellengröße das erste Wort 4000 M., jedes weitere Wort 3000 M. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten 5000 M.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Schlußfrist von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Ein letzter Ausweg.

Finanzpolitische Forderungen der Sozialdemokratie.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei und der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion haben sich am Montag mit der sehr ersten politischen und wirtschaftlichen Situation beschäftigt. Sie haben beschlossen, die Fraktion zu Donnerstag, den 2. August, 1 Uhr, zusammenzuberufen. Die Fraktion wird zur politischen Situation Stellung nehmen.

Angeichts der akuten wirtschaftlichen Not hat der Vorstand sich auch mit den angekündigten finanziellen Vorschlägen der Reichsregierung beschäftigt. Er hält sie nicht für weitgehend genug. In der jetzigen Situation können nur äußerste Anstrengungen und drastische Maßnahmen helfen. Der Fraktionsvorstand hält deshalb die sofortige Erfüllung folgender Forderungen für notwendig, die der Regierung sofort unterbreitet werden:

Die Rettung vor dem drohenden Zusammenbruch der inneren und äußeren Politik, die Vermeidung des sozialen Chaos macht die äußersten und entschiedensten Maßnahmen notwendig. Erstes Erfordernis sind radikale Anstrengungen der Finanzpolitik zur Verhinderung weiterer Inflation; also

Deckung der Staatslasten durch Steuern und Anleihen.

Die Maßnahmen müssen sofort wirksam werden. Es dürfen deshalb keine technischen Schwierigkeiten in der Steuererhebung entstehen, weshalb die Anknüpfung an bestehende Steuern notwendig ist. Der einzubehaltende Betrag muß ausreichen, um die Notenpresse zunächst stillzusetzen und dem Verfall der Mark Einhalt zu tun. Deshalb ist durchzuführen:

- I. 1. Verdreifachte Erhebung der nach dem Brotverforgungsgesetz valorisierten Zwangsanleihe. 2. Verdreifachte Erhebung der valorisierten Vorauszahlungen der Körperschafts- und Einkommensteuer. 3. Verdreifachte Erhebung der am 31. Juli fälligen Vorauszahlungen auf die Umsatzsteuer unter Freilassung der Umsatzsteuerbeträge von 300 000 M. sowie unter der Freilassung der Genossenschafts- und des Einzelhandels. 4. Während der Dauer der Ruhraktion Erhebung einer Steuer von allen Unternehmungen in Industrie, Handel und Banken in der Höhe der auf die Betriebe entfallenden Lohnsteuer. Abgabe eines Doppelzentners Roggen pro Hektar land- oder forstwirtschaftlich benutzten Bodens unter Freilassung der Kleinbetriebe. Zur Ergänzung ist notwendig: 1. Sofortige Ablieferung der Lohnsteuer zugunsten der Unternehmerzuschläge unmittelbar nach der Lohn- oder Gehaltszahlung. 2. Ablieferung aller indirekten Steuern, insbesondere der Umsatz-, Zuzus-, Kohlen- und Ausfuhrsteuern spätestens zehn Tage nach Verkauf der Ware. 3. Restlose Tragung jeglicher Geldentwertung bei Verzögerung der Steuerablieferung durch den Zahlungspflichtigen, mindestens Strafschuld von 200 Proz. pro Monat. 4. Kredite und Stundungen sind vom Reich und von den Betriebsverwaltungen nur werbeständig, in der Regel auf Goldbasis und gegen Goldzins zu gewähren. 5. Regelmäßige kurzfristige Anpassung der Tarife der Eisenbahn und Post an die Geldentwertung, ebenso der Gebühren- und Stempelsteuer. 6. Werbeständige gegen Papiermarkt einzahlbare Reichsanleihe. Zinsgarantie der Reichsbank. Schaffung werbeständiger Anlagemöglichkeiten durch die Sparkassen.

II. Milderung in der Reichsbankleitung zur Wiederherstellung ihres Kredits und des für die Zentralbank notwendigen nationalen und internationalen Vertrauens.

Kreditgewährung der Reichsbank nur auf Goldbasis gegen Goldzins. Einführung von Goldkonten und Annahme von Devisendepositen.

III. Organische Stützungsaktion. Aufbringung eines Devisenfonds aus den Devisenmitteln der Wirtschaft gegen Dollarschuldverschreibung. Nötigenfalls Deklarationszwang mit eidesstattlicher Versicherung über die Höhe des Devisenbestandes und der im Ausland befindlichen Vermögenswerte und Beteiligungen an ausländischen Unternehmungen.

IV. Sofortige Durchführung der Heranziehung der Wirtschaft auf dem Wege der Belastung durch Goldhypothek resp. durch unmittelbare Anleihe des Reiches an den industriellen Unternehmungen.

„Rettung vor der Katastrophe“ forderten wir hier vor jetzt einundzwanzig Monaten. Wir schlagen ein System ineinandergreifender Maßnahmen der Finanz- und Währungsposi-

tion vor. Wir forderten die Einführung werbeständiger Löhne und Gehälter. Jaudernd und jagend trat die Regierung Cuno an die Ausführung heran. Der ganze Druck unserer Organisationen, große Streiks waren erst notwendig, um in der Frage der Werbeständigkeit der Löhne und Gehälter vorwärtszukommen. Auf dem Gebiete der Nahrungs- und Finanzpolitik kam die Regierung überhaupt kaum weiter. Statt der notwendigen finanz- und währungspolitischen Maßnahmen kam eine Reihe unzulammenhängender, rein technischer Mittel. Statt nach der Wirksamkeit zu fragen, handelt man nach dem Prinzip, möglichst geringe politische Widerstände hervorzurufen. Und was von der Regierung schon in den Anfängen halb verdorben war, das wurde vollständig ruiniert durch die passive Resistenz einer Reichsbankleitung, die weder die ökonomische Einsicht noch die notwendige Energie besitzt, um sich die Herrschaft auf dem Devisenmarkt zu sichern.

So ergab sich jener fürchterliche Zustand, der in den sechs Wochen, die seitdem vergangen sind, jene Verwüstung der Währung angerichtet hat, deren soziale und politische Wirkungen nunmehr offenbar geworden sind. Damals stand der Dollar ungefähr auf 150 000. Jetzt hat er sich bald verzehnfacht. Jetzt endlich geht die Regierung daran, was längst hätte geschehen müssen: sie versucht der katastrophal gewordenen Finanzzerüttung Einhalt zu tun. Aber wieder tut sie es zögernd und unzulänglich. Und in der Situation, in der wir uns befinden, heißt Unzulängliches tun, so viel wie gar nichts tun. Denn jetzt genügt es nicht, Finanzmaßnahmen vorzuschlagen, die innerhalb eines Jahres oder auch nur innerhalb eines Vierteljahres Aussicht auf Besserung gewähren. Jetzt heißt es einmal in der Tat: alles oder nichts! Alles bedeutet aber in unserer augenblicklichen Situation, daß Finanzmaßnahmen angewandt werden, die es gestatten, sofort der weiteren Inflation Einhalt zu tun, die Vermehrung der schwebenden Schuld und damit die wahnwitzig wachsende Arbeit der Notenpresse zu hemmen. Das erfordert allerdings die äußerste Anstrengung und eine augenblicklich außerordentlich starke Belastung der Wirtschaft. Bei einem Anwachsen der schwebenden Schuld in der letzten Dekade um 11 Billionen genügt ein Finanzprogramm nicht, das im Laufe des nächsten halben Jahres etwa 15 Billionen in die Reichskasse bringt. Dazu ist vielmehr notwendig, daß innerhalb des nächsten Monats ein annähernd so hoher Betrag ausgebracht wird. Und wenn die Höhe dieser Papiermarkziffer schreckt, der möge sich damit beruhigen, daß es sich dabei nur etwa um 60 Goldmillionen handeln kann. Das aber ist die Leistung, die unumgänglich ist, wenn wir vor dem Schlimmsten bewahrt bleiben wollen, und deshalb wird die Sozialdemokratie alles anwenden, um sie in der bevorstehenden Tagung des Reichstages durchzusetzen.

Bei der Auswahl der vorgeschlagenen Maßnahmen kam es in erster Reihe darauf an, daß sie sofort ohne technische Schwierigkeiten, ohne neue Veranlagungen durchgeführt werden könnten. Es müßten deshalb die vorhandenen Steuermassstäbe genommen werden, ohne die sonst so wünschenswerte Rücksicht auf die Steuergerechtigkeit im einzelnen nehmen zu können. Ueberhaupt muß festgehalten werden, daß es sich in der Hauptsache um eine einmalige große Abgabe handelt, die im wesentlichen die Sachwerbesthaber, die steuerlich leistungsfähigen Schichten trifft, und die nur eine kleine Abwälzung der großen Gewinne darstellt, die diese Schichten aus dem Verfall der Staatswirtschaft gezogen haben.

Zunächst verlangen wir verdreifachte Erhebung der Zwangsanleihe. Nach dem Brotverforgungsgesetz ist nach dem 1. August der Betrag der Zwangsanleihe fällig, der etwa 2 Billionen bringen würde. Ein unzureichender Betrag, der mindestens verdreifacht werden muß. Die Regierung hat für den 15. August die Erhebung des 25fachen Betrages der Einkommensteuer und des 35fachen Betrages der Körperschaftsteuer gefordert. Der Gesetzentwurf über das Ruhrroster will neben diesem Betrag am 31. August, am 3. Oktober und am 3. Januar das Doppelte dieses Betrages, der für das betreffende Vierteljahr zu entrichtenden Vorauszahlung. Wir meinen aber, daß die gegenwärtige Situation unbedingt erfordert, daß bereits im August ein höherer Betrag, den wir auf zirka 3 Billionen schätzen, dem Reich zustehen muß. Wir verlangen infolgedessen die verdreifachte Erhebung der für August vorgesehenen Vorauszahlung.

Als Maßstab für die weitere Abgabe wird die Umsatzsteuer gewählt. Das geschieht in der Erwägung, daß die jetzt fällige Umsatzsteuer des letzten Vierteljahres von den Konsumenten im Preise der Waren erhoben, aber durch die verpätete Ablieferung durch die Produzenten und Händler eine große Quelle des Gewinns für sie geworden ist. Wie sehr der Staat

durch die verpätete Einziehung gelitten hat, zeigt die Tatsache, daß bei Beginn des Quartals April der Dollar noch 20 000, Anfang Juni noch 80 000 stand. Die Freilassung des Einzelhandels und der Konsumgenossenschaften, wie sie vorgeschlagen wird, schon die schwächeren Schultern ebenso wie durch die Festsetzung einer Freigrenze von 300 000 M. Steuerleistung die Interessen der kleinen Produzenten des Handwerks und der freien Berufe berücksichtigt werden.

Der Forderung einer Finanzierung der Ruhraktion selbst trägt eine außerordentliche Steuer Rechnung, die während der Ruhrbesetzung zur Erhebung gelangen soll. Bank, Handel und Industrieunternehmungen sollen eine Steuer in der Höhe der auf ihre Betriebe entfallenden Lohnsteuer entrichten. Für die Landwirtschaft soll eine ähnliche Belastung in der angemessenen Form einer Abgabe eines Doppelzentners Roggen erfolgen unter Freilassung der kleinen Betriebe.

Zur Deckung der Staatsausgaben soll dann neben den Steuern der Anleiheertrag dienen. Hierzu ist die Ausgabe einer werbeständigen Anleihe erforderlich. Zugleich soll dadurch der Arbeiterchaft, den Angestellten und Beamten die Möglichkeit gegeben werden, wieder Ersparnisse machen zu können, die nicht der Vernichtung durch die fortschreitende Geldentwertung anheimfallen. Hierzu ist notwendig, daß die Anleihe auch in kleinen Stücken ausgegeben wird und daß die Sparkassen angewiesen werden, werbeständige Einlagen auch in kleineren Beträgen anzunehmen, die sie dann ihrerseits durch die Anleihe sichern können. Dazu müssen schließlich eine Reihe von Maßnahmen treten, die das Reich endgültig davor schützen, die Last der Geldentwertung den Steuerpflichtigen abnehmen und selbst tragen zu müssen.

Die finanzpolitischen Maßnahmen sind die entscheidenden, weil die rasende Vermehrung der schwebenden Schuld jedes Vertrauen zur Währung getötet hat. Werden sie aber energisch und rasch angewandt, dann sind sie zugleich die beste Vorbereitung für eine neue, mit größeren Mitteln durchzuführende Stützungsaktion. Dazu ist notwendig, daß die deutsche Wirtschaft aus ihren Devisenbeträgen der Reichsbank den notwendigen Devisenfonds als Anleihe zur Verfügung stellt. Versteht die Wirtschaft die zwingende Notwendigkeit dieser Maßnahmen nicht, so sind geeignete Mittel unerlässlich. Ein Deklarationszwang mit eidesstattlicher Versicherung nicht nur über die Höhe des augenblicklichen Devisenbestandes, sondern auch über die im Ausland befindlichen Vermögenswerte und Beteiligungen wird dann die nötige Klarstellung bringen und erforderlichenfalls die Unterlagen für die Erhebung einer Devisenzwangsanleihe liefern.

Zum Gelingen der Stützungsaktion ist allerdings eine gründliche Aenderung der bisherigen Reichsbankpolitik unbedingt erforderlich.

Das Bedürfnis nach Werbeständigkeit ist in der gesamten Wirtschaft außerordentlich stark. Der Wirtschaft muß die Möglichkeit gegeben werden, es anders zu befriedigen als durch Ankauf von Devisen. Deshalb muß die Reichsbank ihren Widerstand gegen die Einführung von Goldkonten aufgeben. Ebenso muß jene Quelle der Inflation verstopft werden, die darin besteht, daß die Reichsbank noch immer große Papiermarkkredite der Wirtschaft einräumt und die ganze Last der Entwertung auf sich, d. h. auf die Allgemeinheit abdrückt. Kredite darf die Reichsbank höchstens nur auf Goldbasis gegen Goldzins gewähren.

Die bisherige Reichsbankleitung hat allen notwendigen Reformen den zähesten Widerstand entgegengesetzt. Das Vertrauen zu den leitenden Persönlichkeiten ist endgültig dahin. Die Regierung hat die Pflicht, dafür zu sorgen, daß an die Spitze der Reichsbank Männer gestellt werden, die den ungeheuren Schwierigkeiten der Situation gewachsen sind.

All die angeführten Maßnahmen sind nicht Vorschläge, die einzeln je nach Wahl in kürzerer oder späterer Frist durchgeführt werden können. Sie stehen in untrennbarem Zusammenhang, und nur wenn sie insgesamt und in kürzester Frist durchgeführt werden, können sie ihre heilsame Wirkung ausüben. Wir wissen aber nicht, wann endlich durch eine Regelung der Reparationsfrage und durch eine Beendigung der Ruhrinvasion die Hauptursache unserer ökonomischen Zerrüttung beseitigt wird. Deshalb ist es notwendig, auch für längere Zeit zu sorgen, und deshalb verlangen wir die sofortige Heranziehung der Wirtschaft auf dem Wege der Belastung durch Goldhypothek resp. durch unmittelbare Anleihe des Reiches an den industriellen Unternehmungen. Was die Wirtschaft selbst unter unannehmbaren Bedingungen und

zahllosen Klauseln angeboten hat, das muß jetzt bedingungslos schleunigst zur Rettung Deutschlands vor der Katastrophe durchgeführt werden.

Die Sozialdemokratie hat in jeder Phase unseres finanziellen Leidensweges die Mittel gezeigt, die geeignet sind, den Volksmassen den ungeheuren Druck und die schwere Last zu erleichtern. Es ist wohl das letzte Mal, daß ein Rettungsweg noch offen ist. Lehnen die besitzenden Klassen die Pflichterfüllung ab, weichen die bürgerlichen Parteien vor den kurzfristigen Interessensvertretern wiederum zurück, dann tragen sie, und sie allein, die Verantwortung.

Die Finanzvorlagen der Reichsregierung.

W.B. meldet: Das Reichskabinett hat eine Reihe von Steuer-entwürfen angenommen, die dazu bestimmt sind, dem Reiche, dessen Ausgaben durch die fortschreitende Geldentwertung immer bedrohlicher anwachsen, in kürzester Frist neue erhebliche Einnahmen zu verschaffen.

In erster Stelle steht das Rhein-Ruhrpflaster, das in zwei Teile zerfällt. Der erste Teil sieht für die leistungsfähigen Einkommenssträger, d. h. für diejenigen Einkommensteuerpflichtigen, die den erhöhten Vorauszahlungen unterliegen (Handel, Industrie, Landwirtschaft und Gewerbe) eine Abgabe vor, die aufgebaut ist auf den erhöhten Vorauszahlungen zur Einkommensteuer für das dritte und vierte Kalendertrimester 1923 und für das erste Kalendertrimester 1924. Die Abgabe soll in drei Raten bezahlt und mit den gesamten Vorauszahlungen verbunden werden. Die erste Rate soll also noch im August fällig sein. Zweits beschleunigter Einzahlung der zweiten und dritten Rate soll der Vorauszahlungstermin für das vierte Kalendertrimester 1923 vom 15. November 1923 auf den 5. Oktober 1923 und für das erste Kalendertrimester 1924 vom 15. Februar 1924 auf den 5. Januar 1924 vorverlegt werden. Jede der drei Raten soll das Doppelte der eigentlichen Vorauszahlungen betragen. Die erste Rate, die im August fällig wird, wird also das Fünffache der nach dem Einkommen von 1922 berechneten Vorauszahlung ausmachen. Die weiteren beiden Raten im Oktober 1923 und Januar 1924 werden erheblich höher sein, weil infolge der inzwischen fortgeschrittenen Geldentwertung mit einer starken Erhöhung der Multiplikatoren für die Vorauszahlungen zu rechnen ist.

Die Erwerbsteuergesellschaften sollen ein Vielfaches ihrer Körperschaftsteuer für das vergangene Geschäftsjahr entrichten. Die Zahlungstermine sollen die gleichen wie bei den persönlichen Personen sein. Bei den Gesellschaften, deren Geschäftsjahr mit dem Kalenderjahr übereinstimmt, soll die erste Rate, die im August zu zahlen ist, die Hälfte der Körperschaftsteuer für das Geschäftsjahr 1923 multipliziert mit 35 betragen.

Darüber hinaus sollen diejenigen Einkommenssträger, die nicht den erhöhten Vorauszahlungen unterliegen, aber im Jahre 1922 ein Einkommen von mehr als 1 Million Mark bezogen haben, mithin auch als leistungsfähig angesehen werden können, im August das Fünfundzwanzigfache und im Oktober und im Januar das Fünffache ihrer Vorauszahlungen auf die Einkommensteuer für das jeweils maßgebende Kalendertrimester zahlen.

Weiter sollen nach dem Entwurf zum Rhein-Ruhrpflaster auch die Personenteile beitragen, die sich den besonderen Aufwand eines Kraftwagens, sei es für ihre persönlichen Zwecke, sei es für die Förderung ihres gewerblichen Betriebes gestatten können. Das Opfer beträgt das Fünffache der Kraftfahrzeugsteuer nach dem Stande vom 1. September 1923. Bei Kraftfahrzeugen, die der Kostenbefreiung dienen und daher wesentlich in gewerbliche Zwecke eingedrungen sind, soll ein Opfer in Höhe vom Fünffachen der Steuer gefordert werden.

Das Rhein-Ruhrpflaster soll von den Steuerpflichtigen, die in den besetzten Gebieten wohnen oder ihren Ort der Vertreibung haben, sowie von den Steuerpflichtigen, die aus Anlaß der Besetzung ihren Wohnsitz oder Ort der Vertreibung unfreiwillig verloren haben, nicht erhoben werden.

Neue Wege in Baukunst und Kunstgewerbe

Von John Schilowski.

In der Baukunst wie im Kunstgewerbe kann man zwei grundlegende Stilarten unterscheiden, die im Laufe der geschichtlichen Entwicklung miteinander abwechselten. Die eine, die „konstruktive“, läßt den Aufbau des Gebäudes oder des Gerätes, und ebenso den Zweck, dem sie dienen sollen, in der äußeren Form deutlich sehen. Die andere, die „dekorative“, verhüllt die Konstruktion und die praktische Zweckdienlichkeit unter dem Mantel von Zierformen.

Das architektonische und kunstgewerbliche Schaffen um die Mitte des vorigen Jahrhunderts war von einem ausgesprochen dekorativen Stil beherrscht. Gegen Ende des Jahrhunderts setzte dann eine sehr energiegelade und radikale Reaktion ein, die schließlich alles schmückende Beiwerk an Gebäuden und Gebrauchsgegenständen verworf und nur die nackten Konstruktionsformen und die Betonung des nützlichsten Gebrauchszwecks als künstlerisch gelten ließ. Man predigte Ehrlichkeit, Solidität und Schlichtheit. Jedes Ding sollte nur das darstellen, was es war, und vor allem sollten auch die zu seiner Herstellung verwendeten Stoffe immer deutlich zu erkennen sein, eine Hausfassade in billigem Putz sollte nicht Quadersteine, ein Tisch aus Tannenholz nicht Mahagoni vortäuschen.

Diese Reaktion war heilsam, aber sie ging — und darüber täuschen sich ihre Träger — nicht von künstlerischen, sondern von praktisch-technischen und von moralischen Gesichtspunkten aus. Zweckmäßige Brauchbarkeit, solide Schlichtheit und Redlichkeit in der Verwendung des Materials sind an sich lobenswert, aber mit Kunst haben sie nichts zu tun. Künstlerisches Schaffen kann zwar aus konstruktiven Grundformen Anregung schöpfen, aber es betätigt sich erst im freien Spiel mit diesen Formen, und der Künstler hat das Recht, jedem Material das Ansehen zu geben, das ihm aus ästhetischen Gründen notwendig erscheint.

Diese Auffassung bringt in unseren Tagen wieder mehr und mehr durch und sie wird namentlich in Deutschland sehr kräftig unterstützt durch die allgemeine wirtschaftliche Situation. Rohbares Material, edle Steine, Hölzer, Metalle stehen weder unserer Baukunst noch unserem Kunstgewerbe zur Verfügung. Wir müssen mit billigen einheimischen Stoffen arbeiten und unser Ziel muß darauf gerichtet sein, die Stoffe durch hochwertige künstlerische Gestaltung zu veredeln. Die moderne Tendenz zur farbigen Architektur und die wiedererwachende Freude an schmückendem Beiwerk erklären sich zum großen Teil aus dieser materiellen Zwangslage.

Ein Gang durch die architektonischen und kunstgewerblichen Abteilungen der Großen Berliner Kunstausstellung, die erst jetzt nach Fertigstellung der drei „Raumideen“ des Architekten Nachtmann komplett geworden ist, gibt in dieser Hinsicht lehrreiche Aufschlüsse. Die modernen Werke der Baukunst, die wir hier in Nissen, Photos und Modellen sehen, verzichten zwar auf allen ornamentalen plastischen Schmuck, sind aber auch keineswegs konstruktiv empfunden. Bei einem Bureauhaus von Lies van der Rohe (26, 1270—71) scheinen die horizontal hingelagerten Rassen frei in der Luft zu schweben, weil die tragende Eisenkonstruktion dem Auge kaum bemerkbar wird. Das fast wibernatürliche des Eindrucks verstärkt sich noch durch den Gegensatz der wuchtigen roten Mauer zu den dazwischen liegenden leichten Glasflächen. Wer die eigen-

Zu dieser Besetzung des Besizes tritt ein Entwurf über Abänderung einzelner Verbrauchssteuergesetze. Die Biersteuer soll, wie es bereits durch das Biersteuergesetz von 1918 vorgesehen war, auf etwa 20 v. H. der Brauereipreise oder 8—12 v. H. der Kleinverkaufspreise gebracht werden, nachdem die vom Reichstag im Juli beschlossene Erhöhung der Biersteuer als ausreichend angesehen werden kann.

Das Mineralwassersteuergesetz soll aufgehoben werden, nachdem der Reichstag die Erhöhung der Steuer abgelehnt hat. Die bierähnlichen Getränke, die bisher der Mineralwassersteuer unterliegen, werden in die Biersteuer eingegliedert. Der Entwurf will ferner bei der Bier-, Zucker-, Salz-, Zündwaren-, Leuchtmittel-, Spielkarten- und Kohlensteuer durch Verkürzung der Fälligkeitstermine den möglichst raschen Eingang dieser Steuern bewirken. Des weiteren soll der Zahlungsausschub bei Branntweinausschlag und Essigsäuresteuer beseitigt werden.

Endlich handelt es sich um ein Steuergesetz, durch das der Reichsminister der Finanzen die Ermächtigung erhalten soll, für Verzugszinsen und Zinsen, die bei Steuerforderungen gewährt werden, einen wesentlich höheren Zins als bisher festzusetzen.

Die Entwürfe sind bereits dem Reichsrat zugegangen.

Die Gewerkschaften bei Cuno.

Gestern abend versammelten sich die Vertreter sämtlicher gewerkschaftlichen Spitzenverbände in der Reichskanzlei, um dem Kabinett Cuno ihre einhellige Meinung zu sagen.

Der Reichskanzler Cuno eröffnete die Sitzung mit einer ausführlichen Erläuterung seiner bisherigen Politik. Aus diesem Teil seiner Rede verdient besonders hervorgehoben zu werden, daß er betonte, sein Bestreben sei gewesen, den Widerstand an der Ruhr in seiner ursprünglichen Passivität zu erhalten, es nicht zur Aktivität kommen zu lassen. Es sei auch immer wieder versucht worden, die Teuerung einzudämmen, wir hätten aber keine Gewalt über den Stand der Mark und der Devisen an der Börse erreicht. Die Aktionen in dieser Richtung hätten erwiesen, daß wir um deswillen keinen Einfluß auf die Mark haben, weil sie auch im Ausland gehandelt werde und bis dorthin reiche kein Einfluß einer deutschen Regierung! Jetzt solle dem Volke ein wertbeständiges Anlagemittel gegeben werden. Der Anleiheprospekt werde noch im Laufe dieser Woche herausgegeben werden. Selbstverständlich sei es empörend, daß bestimmte Schichten des Volkes sich des Ernstes der Lage nicht bewußt seien. Hier müsse aber die Exekutive der Länder einschreiten. Er könne nicht die Lokale in der Friedrichstraße und am Kurfürstendamm schließen.

In der Aussprache kam sehr deutlich zum Ausdruck, daß die Gewerkschaften das Vertrauen zu der Reichsregierung verloren haben. Des Ergebnis der Sitzung mußte nach den Ausführungen des Reichskanzlers, die sich im wesentlichen mit der Vergangenheit beschäftigten, ein mageres sein.

Leipart, als der erste Sprecher der Gewerkschaften, gab jenem Gefühl unumwunden Ausdruck. Es müsse darauf hingewiesen werden, daß die Gewerkschaften wiederholt Vorschläge gemacht hätten, daß immer wieder gesagt worden sei, diese Forderungen würden geprüft und berücksichtigt, zuletzt sei dann doch nichts geschehen. Leipart besprach dann die Entwicklung der politischen Verhältnisse im Innern, die Ernährungsschwierigkeiten, die Zusammenhänge der Geldentwertung und die unzureichenden Maßnahmen der Regierung gegen diese Tatsachen. Besonders charakteristisch für die Haltung der Regierung sei beim Beginn der feinerzeitigen Stützungsaktion ihre positive Erklärung gewesen, daß es gelingen werde, den Dollar auf 20 000 M. zu halten. In diesem Glauben habe die Reichsregierung die Aktion gegen die Löhne unternommen. Nichts sei geschehen gegen die Steuerdefraudation, und was geschehen sei, sei daneben gehauen.

artige Schönheit dieser Architektur würdigen will, muß auf alle überkommenen Maßstäbe verzichten und sich dem Reiz der reinen, aufs feinste gegeneinander abgemessenen Formen und Massen unbefangenen hingeben. Weniger extrapopulär erscheint das Bureauhaus, das Max Taut für den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund geschaffen hat (26, 1370). Das Haus liegt an der Ecke der Wall- und Inselstraße und kommt am vorrühmlichsten in der Ecksicht zur Geltung. Ruhig, einfach, ernst ragen die Fassaden empor, durch den Wechsel horizontaler und vertikaler Gliederung in schönem Rhythmus bewegt und durch farbigen Anstrich kraftvoll lebendig gehoben. — Richtungswechsel in der Fassadengliederung ist auch das charakteristische Motiv des Hauses, den die Gebrüder Luchardt für die „Chicago Tribune“ entworfen haben (26, 1254). Die Breitseiten ruhen wagemut, die Schmalseite strebt in prachtvollem Schwunge senkrecht empor. Das Ganze ist ein Meisterwerk in großartig einheitlicher Wirkung und harmonischer Rhythmis.

Die drei Innenräume, die der Architekt Leo Paschlicht mit dem Bildhauer Oswald Herzog und den Malern Cesar Klein, Willy Jaedel und Eugen Schuffan geschaffen hat (Saal 23), erheben sich auf gleich großen quadratischen Grundrissen und erzielen ihre Stimmung durch verschiedene Höhe und verschiedene Farbgebung. Der niedrigste Raum in neutralen, grauen, matten, stumpf blauen Farben ist der „wohnliche“. Der „festliche“, etwas höhere, erhält seinen Charakter durch die leichten, goldgelben, rosa und hellgrünen Wände. Das Gefühl der „feierlichkeit“ wird durch hoch emporsprengende, unien dunkelrot einsehende, allmählich sich aufblühende und in ihre blaugrünen Sternbede auslaufende Wandflächen bewirkt. Jede der drei Räume ist in ihrer Art vorzüglich, aber um ein neues Problem handelt es sich nicht. Daß der Grundriß eines Raumes an sich nichts bedeutet und daß die Raumstimmung erst aus dem Verhältnis von Grundfläche und Höhe resultiert und durch die vorherrschende Farbe wesentlich bestimmt wird, ist uralte Weisheit. Das eigentlich Moderne der Leistung besteht in der unbehindert sich ausbreitenden Schmuckfreudigkeit und in der Anwendung des denkbar billigsten Materials, das allein durch die künstlerische Gestaltung Wert und Wirkung erhält. „Qualitätsarbeit“ im höchsten und zukunftsreichsten Sinne.

Sehr problematisch erscheint dagegen der Versuch, den Vistitzky mit der dekorativen Gestaltung eines Innenraums unternimmt („Frauenraum“, Nr. 1253, neben Saal 26). Er gibt, ebenfalls mit den einfachsten Mitteln, eine abstrakte Aufteilung der Wandflächen. Alles ist klar und mit höherem rhythmischen Gefühl gegliedert, jede Wand bildet ein organisches Ganzes, und die vier Wände fliegen einheitlich zusammen. Aber die lebendige Wirkung bleibt aus, es kommt keine Raumstimmung zustande. Der Versuch ist wertvoll als Anregung, als Wegweiser zu einem neuen Ziel. Eine Lösung des Problems gibt er aber nach meinem Gefühl nicht.

In der Abteilung für angewandte Kunst finden wir hervorragende Arbeiten der Treptower Vereinigten Werkstätten für Metall- und Glasmalerei, darunter einen schönen „Christus“ (20f, 1412) von Th. Horn-Bricker und eine der berühmten Pastimile-Kopien von St. Maria Maggiore (20f, 1411). Ueber die technischen und künstlerischen Leistungen der Firma braucht kein Wort des Lobes mehr gesagt zu werden. Sie hat in Europa nicht ihresgleichen. — Unter den kunstgewerblichen Gebrauchsgegenständen, die in den Zimmern, 20, 21 und 22 ausgestellt sind, finden

Knoll vom ADGB, entwickelte dann im einzelnen Vorschläge der Gewerkschaften aller Richtungen, denen sich auch die Christlichen in allen wesentlichen Punkten durch ihren Sprecher Baltrusch ausdrücklich angeschlossen, obwohl sie schon ein eigenes Memorandum an die Reichsregierung gesandt haben. Knoll forderte: Auf dem Gebiete der Steuerpolitik sei es notwendig, die volle Wertbeständigmachung durchzuführen und die vielerlei Möglichkeiten der Spekulation der Steuerpflichtigen auf dem Rücken des Reiches rücksichtslos zu beseitigen. Die Deckung der Staatslasten auf längere Sicht müsse durch die sofortige Erhebung einer Goldmarksteuer auf den land- und forstwirtschaftlich benutzten Boden und durch eine gleichartige Belastung von Industrie und Handel erfolgen. Dazu sei es notwendig, eine wertbeständige Vermögenssteuer zu schaffen und eine innere Goldanleihe auszugeben, die für die Sparkassen die Unterlage zur Schaffung wertbeständiger Renten sein müsse. Um dem Ausland den Beweis von dem Erfüllungswillen Deutschlands zu geben, seien die in der Note vom 7. Juni d. J. der Entente zugesagten gesetzgeberischen Maßnahmen sofort dem Reichstage vorzulegen. Die Währungs- und Steuerpolitik müsse raschestens auf wertbeständige Grundlagen geführt werden. Dazu müßten die notwendigen Änderungen in der Organisation der Reichsbank vorgenommen werden. In Zukunft habe auch die strengste Kontrolle der aus dem Export anfallenden Devisen stattzufinden.

Die Debatte ergab trotz der verschiedensten Anfragen durch die Vertreter der Gewerkschaften wenig positive Ausblicke für künftige rasche und umfassende Maßnahmen der Reichsregierung. Auch die eingehenden Erläuterungen des Reichsbankpräsidenten über seine Währungspolitik wirkten nicht überzeugend. So mußte die wichtige Besprechung der Gewerkschaften mit dem Reichskanzler enden wie befürchtet worden war, reichlich unbefriedigend.

Die abgesagte Cuno-Krise.

Für das Leben der Regierung Cuno hätte gestern noch niemand auch nur eine Papiermark gegeben. Vom Zentrumsturm her blies man zum Angriff, auf der Gegenseite wurde keine Verteidigung sichtbar. Jetzt ist es auf einmal wieder anders geworden. Das offizielle Organ der Volkspartei, die „Zeit“, wendet sich heftig gegen das „Krisengerede“ und schreit:

Die ernste Presse hat die Pflicht, sich von diesem Sensationsfieber nicht anstecken zu lassen. Leider haben bisher nicht alle Blätter die nötige Selbstbeherrschung gezeigt. So gibt die „Germania“, die das Stichwort für das ganze Krisengerede ausgegeben hat, ihre neue Richtung, indem sie die große Koalition von Stresemann bis Breitscheid proklamiert. Ist dazu jetzt wirklich der geeignete und richtige Augenblick? Um diese Frage mögen sich vielleicht diejenigen politischen Kreise wenig kümmern, die durch die Erzeugung einer krisenhaften Stimmung ihre besonderen Zwecke verfolgen. Für die verantwortungsbewußten großen Parteien aber unterliegt es keinem Zweifel, daß es vom Uebel ist, wenn man das Gespenst der Parlaments- oder Regierungskrise jetzt ganz mutwillig heraufbeschwört. ...

Dieses Treiben ist aber nicht nur überflüssig, sondern auch schädlich. Ganz abgesehen davon, daß man in Deutschland eine nervöse Stimmung schafft, die wir gar nicht brauchen können — messen Geschäfte besorgt man wohl durch den Ruf nach Kabinetts-umbildung? Ein Blick in den „Temps“ genügt. Dieses französische Blatt macht Deutschland den Vorschlag, ein Kabinett aus allen „republikanisch zuverlässigen Parteien“ zu bilden, das dann nach Ansicht des „Temps“ alle Schwierigkeiten aus der Welt schaffen kann, indem es den passiven Widerstand preisgibt, die Reparationskommission um Überprüfung der deutschen Leistungsfähigkeit angeht und durch eine Generalhypothek auf die deutschen Sachwerte und den gesamten deutschen Privatbesitz den Gläubigern Deutschlands Büdner und zugute sich die Grundlage für eine neue deutsche

schon geschmackvolle und gediegene Arbeiten von Otto Hübner (namentlich eine vornehm eigenartige Standuhr), schöne Beleuchtungskörper und Keramiken von Helbig und ausgezeichnete Kunstschmiedarbeiten des Schlossermeyers Schramm. Auffallend ist, daß nirgends ein Streben nach eigenen neuen Formen sichtbar wird. Die Messinggegenstände von Otto Schniger, die Keramik des Fr. Kufmann, die Metallarbeiten des Bildhauers Koch, die dekorativen Plakette von Walter Suikowski lehnen sich an den Stil exotischer Skulpturen, Malereien und Geräte an, geflochtene Körbe und Kisten stehen unter dem Einfluß der Negerkunst, Tapeten und rot oder silber gefärbte Möbel ahmen japanische Vorbilder nach. Glas- und Porzellanarbeiten zeigen altgewohnte Formen. Angesichts der gewaltigen Revolution, die in der sogenannten hohen Kunst sich vollzogen hat, muß dieses Zurückbleiben des Kunstgewerbes auffallend erscheinen. Es erklärt sich aber vielleicht aus dem überweltlichen, lebensfremden Charakter der neuen Kunst, deren Träger für die Bedürfnisse des Alltags kein Interesse aufbringen können. Die nieder erwachte Freude an ornamentalem, namentlich farbigem Schmuck und die Verarbeitung wohlfeiler Stoffe sind vorläufig die einzigen Anzeichen, die auf neue Wege auch im kunstgewerblichen Schaffen hinweisen. Klare Ziele der Stilentwicklung sind noch nicht erkennbar. Der große Bahnbrecher muß erst kommen.

Der künstliche Kanarienvogel. Selbstverständlich ist der „künstliche Kanarienvogel“ kein harter Koller und überhaupt kein gelber Sänger aus den Harzbergen, sondern nur eine neue Erfindung der geschäftstüchtigen Amerikaner. Der Vogel selbst ist auch nicht künstlich. Künstlich ist vielmehr nur die Ausbildung seiner Stimme, die aber dem kleinen Tier erst keine richtige Bedeutung gibt. Es ist an sich kein neuer Gedanke, den Vertretern der gelebten Welt Gesangsunterricht unter Zuhilfenahme eines Instrumentes zu erteilen, um ihre Entwicklung in gefälliger Hinsicht zu beschleunigen und damit die rasche Verkaufsmöglichkeit zu steigern. Alle angelegten Versuche brachten aber nicht das gewünschte Ergebnis. Jetzt hat man in Amerika einen Phonographenapparat konstruiert, der in Vogelzuchtarien verwandt wird, um den jungen Vögeln als Lehrer zu dienen. Die Einübung junger Vögel ist damit nicht mehr abhängig von echten Vorläufern aus der gelebten Welt, die auch drüben hoch im Preise stehen. Ob allerdings diese künstliche Stimmausbildung auch auf lange Dauer hinaus günstige Ergebnisse zeitigen wird, mag vorläufig dahingestellt bleiben.

Hundertmillionenstunde deutsch-amerikanischer Kerze. Mehrere deutsch-amerikanische Kerze haben auf Grund einer Sammlung für die n. o. l. e. d. e. n. G. r. o. s. s. e. r. i. n. e. r. Kerze zum 100. Millionen Mark zur Verfügung gestellt. Ein anderer ansehnlicher Betrag ist in Aussicht gestellt, damit solche Kerze Groß-Berlin, die durch Alter, Kraft und ober langjährige Erfahrung eine sofortige Unterstützung brauchen, Einzelgaben von 1/2 und 1 Million erhalten.

Das Wundermädchen von Berlin. Bestellt hat ein Schauspieler, das Romanhistrion Hans Heinz Geyer vor kurzem vollendet hat. Geyer nennt sein Stück ein „phantastisches Schauspiel“. Die Uraufführung ist bereits für die kommende Spielzeit auf einer der Kollert Bühnen vorgesehen.

Maßnahmen zur Unterdrückung der pornographischen Veröffentlichungen soll eine internationale Konferenz beraten, die am 31. August in Gen. zusammenzutreten wird. Die Konferenz soll eine neue Konvention ansetzen.

Wahrung schafft. Der „Temp“ wird schon wissen, warum er uns in diesem Augenblick auf einen solchen Seim zu laden versucht. Wir sollten wirklich noch allen schlimmen Erfahrungen der Vergangenheit diesmal klug genug sein, um derartigen Lockungen unsere Ohren zu verschließen.

Auch die „Vossische Zeitung“ erklärt unter der Überschrift „Keine Cuno-Krise“, daß die bürgerlichen Parteien gar nicht daran dächten, den Reichkanzler zum Rücktritt zu zwingen. Sie, wie auch das „Berliner Tageblatt“, beschränkt sich in ihrer Kritik auf ein paar Bemerkungen gegen Herrn und Becker. Ein geradezu katastrophaler Umschwung hat sich im „Deutschen“ des Herrn Stegerwald vollzogen. Hieß es noch vorgestern bei ihm in bezug auf den Artikel der „Germania“: „Man kann und muß alle diese Ausführungen unterschreiben“, so kanzelt er heute die „Germania“ eben wegen dieser Ausführungen fürchterlich ab. Es gehe nicht an, schreibt er, daß ohne Wissen der maßgebenden Führer ganz enge Zirkel durch die Presse Ministerstürzer machen in einem Augenblick, wo man nicht weiß, was man an die Stelle des jetzigen Kabinetts setzen kann.“

Man wird zugeben, daß ein schlimmeres Bild der Zerfahrenheit, als es sich hier darbietet, gar nicht zu denken ist. Erst geht ein maßgebendes Blatt der „Arbeitsgemeinschaft“ mit den schwersten Angriffen gegen die Regierung vor, und dann wird erklärt, daß man diese Regierung, die — nach der Meinung der „Germania“ — „glatt Bankrott“ gemacht hat, im Amt halten müsse, weil man für sie keinen Nachfolger wisse.

Auch die Rechtspresse hat sich von ihrem anfänglichen Erstaunen erholt und tritt kräftig für Cuno ein. Trotz aller Presseangriffe kann Cuno, wie es scheint, immer noch auf die Unterstützung aller bürgerlichen Parteien rechnen.

Der Reichstag tritt zusammen.

Die nächste Sitzung des Reichstags findet am Mittwoch, dem 8. August, um 2 Uhr nachmittags statt.

Das Notstandsprogramm der Stadt Berlin.

Eine städtische Deputation beim Reichkanzler.

Gestern mittags zwölf Uhr dreißig begab sich Oberbürgermeister Böß zusammen mit Bürgermeister Ritter und den Stadträten Richter und Wuhler sowie der Frau Stadträtin Wenzl zum Reichkanzler Cuno zu einer Unterredung, der auch Staatssekretär Heinrich vom Reichsernährungsministerium, Staatssekretär Dr. Gaid vom Reichsarbeitsministerium und Beheimter Regierungsvon Weigert beiwohnte.

Oberbürgermeister Böß legte noch einmal ausführlich die augenblickliche katastrophale Not in Berlin auseinander, welche besonders durch den Mangel der Bevölkerung an Kartoffeln und Feinmehl unermesslich geworden sei. Der Großhandel müsse unermesslich in die Lage gesetzt werden, durch ausreichende Zubilligung von Devisen den Lebensmittelmarkt von Berlin genügend zu beschicken.

Reichkanzler Cuno führte aus, daß die Geldentwertung, welche immer schwerer auf den Markt drücke, nicht zum letzten herbeigeführt sei durch die großen Verluste an weggenommenen Markbeständen im Ruhrgebiet sowie dadurch, daß diese Markbestände auf die Auslandsbörse geworfen seien, um die deutsche Mark zu drücken. Hinzu kommt ein hemmungsloses Luxusbedürfnis gewisser Stellen, dem immer schärfer entgegengetreten werden müsse.

Die Reichsregierung sagte zu vor allem auf schnellere Herbeischaffung von Margarine, Speck und Schmalz bedacht zu sein, um so mehr, als die Butter ja als Volksernährungsmittel überhaupt aus Deutschland zu verschwinden drohe.

Außerdem würden sofort Notstandsmaßnahmen zur produktiven Erwerbslosenbeschäftigung in Gang gesetzt werden. Besonders in Frage komme die alsbaldige Aufnahme solcher Arbeiten, die bereits durch Bauprogramm festgelegt sind.

Reichkanzler Cuno sagte ferner zu die Herbeibringung einer wertbeständigen Goldanleihe, welche von der Landwirtschaft als ausreichender Gegenwert für die Hergabe ihrer als Sachwert angelegenen Erzeugnisse betrachtet würde.

Oberbürgermeister Böß wies noch auf die angefangenen, aber wieder kriegsgebliebenen Arbeiten an der Eisenbahn hin, wo die Erwerbslosen schnelle Beschäftigung finden könnten, sowie auf die immer dringender werdende Notwendigkeit, von Rekonstruktionsarbeiten im ganzen Reich sowohl wie besonders in der Umgebung der Biermälzereien zu handeln.

Ueber die Berliner Notstandsarbeiten soll durch Verhandlungen des Landesarbeitsamtes mit den Reichs- und Staatsvertretern noch ein weiteres Programm aufgestellt werden.

Faschistisch-Kommunistische Prügelei.

München, 30. Juli. (Fig. Drahtbericht.) Der Antifaschistentag ist in ganz Bayern ruhig verlaufen. Besonders in München fügten sich die Kommunisten dem Verbot der Polizei in jeder Weise. Nur in Rosenheim, der industriereichen Haltenkreuzzentrale des Chiemgautals, gab es einen Zusammenstoß zwischen Kommunisten und Angehörigen von Selbstschutzorganisationen, dem Reste der Einwohnerwehren des Herrn v. Rohr. Schon am Vormittag zeigten sich die Anhänger Rostaus mit ihren Abzeichen auf der Straße, aber auch viele sogenannte Oberländer, während die Bereitschaft der Polizei in einem Vorort aufgestellt war. Im Laufe des Nachmittags kam es zu einer unblutigen Prügelei, wobei ein Selbstschutzmann heftige Hiebe ab bekam. Seine Kameraden schwozen Rache und nach 6 Uhr abends versuchten sie, in die in einem Gasthaus befindlichen Gewerkschaftsräume einzudringen. Die Kommunisten traten ihnen entgegen und es kam zu einer schweren Schlägerei mit Schlag- und Stichwaffen. Durch einen Hieb auf den Kopf wurde ein Kommunist namens Georg Ditl schwer verletzt, daß er kurz darauf verstarb. Zwei weitere Kommunisten sollen schwer verletzt worden sein; ferner gab es eine große Anzahl Leichtverletzte. Bevor die Polizei erschien, hatten sich die an der Schlägerei Beteiligten bereits verlaufen.

Dresden, 30. Juli. (Fig. Drahtbericht.) Am Sonnabend fand in Dresden die 50-Jahr-Feier des sächsischen Militärbundes statt. Eine Reihe Teilnehmer trugen sich mit dem Plan, diese Feier zu einem regelrechten Rahlbalden mit den Kommunisten zu benutzen, um eine Probe ihrer echt militärischen Befähigung zu geben. Sie bewaffneten sich mit Revolvern, Totschlägern, Dolchen, Seitengewehren usw. Die Polizei schritt ein und verhaftete gegen 50 Teilnehmer, die im Besitz von Waffen betroffen wurden.

Ein Opfer der Befahrung.

Münster, 30. Juli. (WZB.) In Gladbeck wurde am 28. Juli abends 11 Uhr ein gewisser Alfons Pietaj in seiner Wohnung, Rheinbabenstraße 17, von Belgieren erschossen, nachdem er angeblich vorher mit belgischen Soldaten auf der Straße einen Wortwechsel gehabt hatte.

Reichswehr und Republik.

Eine sonderbare Erklärung des Reichswehrministers.

Herr Reichswehrminister Gessler übersendet uns folgende Erklärung, die er auch durch WZB veröffentlicht läßt: Die vom „Vorwärts“ in seinen Ausführungen vorausgeschickte Anweisung der vorbehaltlosen Verfassungstreue der Reichswehr kann und muß ich zurückweisen. Ich verbürge mich in der Tat für den unbedingten Gehorsam der Wehrmacht gegenüber jeder verfassungsmäßigen Reichsregierung. Wäge diese Erklärung nun aber auch wirklich, wie der „Vorwärts“ es vorausschickt, den sophistischen Bemerkungen besorgter Republikaner genügen und zur innerpolitischen Entspannung beitragen!

Die Hamburger Angelegenheit ist für die Reichswehr geklärt. Ein abschließendes Urteil kann abgegeben werden. Ich bemerke zunächst, daß die Hauptanklagepunkte der sozialistischen Presse seinerzeit einem durch rechtswidrigen Einbruch in die Geheimarchiv einer Reichswehrbehörde entwendeten Aktenmaterial entstammten, das auf unbegreifliche Weise wieder einmal seinen Weg schneller in die Zeitungen als zu den Behörden fand. Das Ergebnis dieses in die „geheimsten Schließwinkeln“ der militärischen Dienststellen vorgedrungenen Streifzuges ist, wie allen Behörden wohl bekannt, so allgemein wichtig, daß man künftig wohl auf derartige Kampfmittel verzichteten können, ganz abgesehen davon, daß ich in Zukunft meine Dienststellen vor solchen Lieberfällen geschützt weiß. Zu den einzelnen Punkten ist zu bemerken:

1. Eine militärische Nachrichtenstelle in Hamburg, von der gefabelt worden ist, hat nie bestanden. Es wurde allerdings 1919 eine Nachrichtenstelle von Privatleuten in Hamburg gegründet. Sie lieferte der Hamburger Polizei und auch Reichswehrstellen Berichte. Seit Anfang 1922 bestand aber keine Verbindung von Reichswehrstellen mehr zu ihr. Nach Zeitungsnachrichten ist sie seit längerem aufgelöst.

2. Oberleutnant v. Brederlow soll an einer „Verschwörerbesprechung“ im Hotel Atlantic teilgenommen haben. Es ist lehrreich festzustellen, wie hier Wahrheit und Dichtung vermischt worden sind. Diese Besprechung im Hotel Atlantic fand 1919 statt. Oberleutnant v. Brederlow hatte nichts mit ihr zu tun, denn er kam erst 1921 nach Hamburg. Der Teilnehmer war ein wegen Verfehlungen beim Kopp-Rutsch 1920 verabschiedeter Offizier.

3. Eine Fühlungnahme von Offizieren der Reichswehr mit gewissen damals noch nicht aufgelösten Organisationen hat seit Amtsantritt des Oberleutnants v. Brederlow einzig und allein mit dem Ziele bestanden, in diesen Kreisen mehr und mehr dem Verständnis für die Notwendigkeit völliger Unterordnung unter die Staatsautorität Geltung zu verschaffen. Die Wehrmacht darf es als Verdienst für sich in Anspruch nehmen, daß sie das ihr von weiten Kreisen entgegengebrachte Vertrauen in diesem Sinne ausgenutzt hat, andererseits hat doch wohl die Entdeckung der Kopp-Rutsch-Affäre gezeigt, daß die Reichswehr der Verführung zur Ungehorsamkeit ohne Schwanken zu widerstehen weiß.

4. Als eine geradezu unabweislich böswillige und frivole Verdrehung muß ich die Veröffentlichung von Bruchstücken eines angeblichen Planes zum Vormarsch von Truppen auf Hamburg „mit dem Ziele eines Regierungsumsturzes“ bezeichnen. Diese Bruchstücke sind willkürlich aus einer Denkschrift herausgerissen, die auf Grund der von mir abgegebenen Vorschriften aufgestellt ist und den Zweck hat, einem militärischen Befehlshaber, der in dem — in der Denkschrift selbst als unwahrscheinlich bezeichneten — Bedarfsfälle mit der Wiederherstellung von Unruhen beauftragt wird, Unterlagen für eine möglichst glatte Durchführung seiner Aufgaben zu geben. Es würde gerade im Hinblick auf die Ereignisse dieser Tage eine strafwürdige Pflichtverletzung der Militärbehörden bedeuten, wenn sie derartige theoretische Vorarbeiten, die sich naturgemäß nicht nur auf Hamburg beziehen, unterließen; denn im Falle der Not würde die Einwohnerkraft der betroffenen Gebiete solche Verfassungen mit Gut und Blut zu bezahlen haben. Alle diejenigen Sätze, die diese Vorbereitungen mit einem Reorganisationsumsturz zusammenbringen, sind, wie dokumentarisch festliegt, frei erfunden und erlogen.

Demnach erkläre ich, daß alle die namentlich vom „Vorwärts“ angeführten Offiziere pflichtgemäß gehandelt haben. Ich habe keinen Anlaß, gegen sie einzuschreiten, sie werden von mir rückhaltlos gedeckt.

Ich respektiere: Der Hamburger Zwischenfall beginnt mit einem Einbruch in die Geheimarchive einer Reichswehrbehörde. Es sollen einige Tage darauf Sensationsartikel sehr zahlreicher Zeitungen, von denen ich nur einige, sehr weit abgedruckte Ueberschriften in Erinnerung bringe: „Reichswehr und Busschleusen“, „Ein Reorganisationsplan gegen die Hamburger Arbeiter“, „Die Verschwörer von Hamburg“, „Die nationalsozialistische Verschwörung gegen Hamburg“. Alle diese Artikel waren mit maßloser Schärfe gegen die Reichswehr gerichtet. Die Beunruhigung der gesamten öffentlichen Meinung Deutschlands in dieser gefährlichen Zeit war erheblich. Das Ergebnis der Untersuchung liegt den Behörden und nunmehr auch der Öffentlichkeit vor. Ihnen überlasse ich das Urteil. grz. Dr. Gessler.

Diejenigen Herren, die den Reichswehrminister Gessler bei der Ausarbeitung dieser Erklärung inspiriert haben, haben ihm einen Bärendienst erwiesen. Hätte er sich auf die einleitenden Zeilen beschränkt, in denen er seine Antwort an das Friedensartikel über die Verfassungstreue der Reichswehr dahin präzisiert, daß die Wehrmacht gegenüber jeder verfassungsmäßigen Regierung zuverläßig ist, dann hätten wir uns über diese kategorische Versicherung getreut und vielleicht sogar seinen Optimismus geteilt. Aber in Anbetracht des übrigen Teiles der Erklärung, der die Hamburger Angelegenheit betrifft, müssen wir leider zu der umgekehrten Uebersetzung gelangen, die bisher nur eine Befürchtung war: nämlich, daß der demokratische Reichswehrminister Gessler ein Spielball in den Händen seiner Offiziere ist und daß er über die Dinge, die sich in seinem Amtsbereich abspielen, nur so weit unterrichtet ist, wie seine Mitarbeiter ihn informieren. Denn die günstigste Auslegung, die wir für die obigen Auslassungen finden können, ist, daß der Herr Reichswehrminister das Hamburger Material nicht kennt.

Zunächst ein Wort zu dem „rechtswidrigen Einbruch“ in die Geheimarchive einer Reichswehrbehörde. Es ist uns in der Tat bekannt, daß das Reichswehrministerium den Rechtsstandpunkt vertritt, daß gemäß den Bestimmungen des früheren Strafgesetzbuches die militärischen Stellen vor jedem Eingriff der Polizei oder der Justiz geschützt sind. Also selbst wenn Polizei und Staatsanwaltschaft die Uebersetzung gewinnen würden, daß Reichswehrstellen in Verbindung mit hochverräterischen Burschenschaften, dann müßten die mit dem Schuß der Verfassung betrauten Zivilbehörden vor dem Scheitern der kompromittierten Militärpersonen halt machen! Ein unhaltbarer Zustand. Es ist daher recht unvorsichtig von Herrn Gessler, wenn er jetzt auf dem „rechtswidrigen Einbruch“ herumreitet, denn er beweist damit nur die Unerfahrenheit einer Aenderung der betreffenden strafrechtlichen Bestimmungen.

Wie kann aber Herr Gessler behaupten, daß das Ergebnis dieses polizeilichen Zugriffes „ungemein wichtig“ war? Entweder hat er selbst keine Ahnung von dem Inhalt der Hamburger Akten oder sind seine Begriffe über die Wichtigkeit staatsgefährlicher Umtriebe grundverschieden von denen aller anderen Republikaner.

Was die Erklärung unter 1., 2. und 4. befragt, berührt Dinge, auf die sich unsere Anfrage gar nicht bezogen hat. Wohl hängen diese zwei Punkte mit der Hamburger Angelegenheit zusammen und sie sind Gegenstand einer Debatte in der Hamburger Bürgerschaft gewesen, über die wir vor Wochen in einem Hamburger Telegramm ebenso wie andere Blätter berichtet haben, aber unsere Anfrage bezog sich ausschließlich und ausdrücklich auf die Dinge, die Herr Gessler unter Punkt 3 berührt: nämlich auf die Verbindung zwischen Reichswehrstellen und verbotenen Geheimorganisationen. Wir sind dabei so vorsichtig und entgegenkommend gewesen, nur auf die Dinge anzuspäzeln, die sich nach der feierlichen Erklärung Dr. Gesslers in der Reichstagsitzung vom 27. Februar 1923 ereignet haben. Hätten wir diese Rücksicht nicht genommen, dann hätten wir noch ganz anderes Material vorgebracht als das, worauf er unter 1., 2. und 4. anspricht. Dann hätten wir insbesondere Aufklärung über die Tatsachengefordert, die sich aus den Dokumentenergeben, die anlässlich des Watter-Prozesses zur Veröffentlichung gelangten.

Wir haben das nicht getan, weil wir auf die Antwort gefragt waren, diese Dinge seien eben durch das Abkommen mit dem preussischen Minister des Innern Seegering und durch die Reichstagsklärung vom 27. Februar erledigt und beigelegt. Und wir haben lediglich solche Namen von Offizieren angeführt, von denen wir wissen und beweisen können, daß sie auch nach dem 31. März 1923, an welchem Tage verfassungsgemäß die letzten Zusammenhänge gelöst werden sollten, gegen die klaren Anweisungen ihres Ministers gehandelt haben. Demgegenüber ziehen die Herren, die Dr. Gesslers Erklärung inspiriert haben, die Kampfstattik des Tintenfisches vor: es werden unter großem Aufwand von Kraftausdrücken Dinge angeführt, die wir im Interesse einer sachlichen Erledigung der Angelegenheit gar nicht berührt haben. Und im übrigen erklärt der Minister alle die von uns genannten Offiziere rückhaltlos zu deden.

Auf eine weitere Verfolgung der Sache in der Presse verzichten wir. Dafür wird der Reichstag Gelegenheit erhalten, sich mit der Frage zu beschäftigen. Unser Material geht unserer Reichstagsfraktion noch heute zu, die das weitere veranlassen wird. Dann erst wird das Parlament und die Öffentlichkeit sich ein Urteil darüber machen können, was die Erklärungen des Reichswehrministers Gessler wert sind.

Zuchthaus für Fluchtbegünstiger.

Vor der Strafkammer in Frankfurt a. O. hatten sich Zuchthausgefangener Zschauer, Wertmeister Hartmann und Bankbeamter Huld zu verantworten, die seinerzeit den mitleidigen Fluchtplan des Rathenau-Mörders Zschow begünstigten! Auf diese Handlung findet das Schutzgesetz Anwendung, gemäß dem auf Zuchthausstrafe zu erkennen ist. Rechtsanwalt Dr. Sad-Berlin widersprach der Anwendung des Schutzgesetzes, da auch der Staatsgerichtshof daselbst bei der Beurteilung Zschows nicht in Anwendung gebracht habe. In diesem besonderen Falle seien die Voraussetzungen für die Anwendung des Schutzgesetzes nicht gegeben. Es könne hier nur Bewilligung oder Begünstigung zur Selbstbefreiung vorliegen. Die Strafkammer schloß sich jedoch dieser Auffassung nicht an, sondern verurteilte unter Anwendung des Gesetzes zum Schutze der Republik Zschauer zu zwei Jahren Zuchthaus, Wertmeister Hartmann zu eineinhalb Jahren Zuchthaus und den Bankbeamten Huld zu einem Jahr Zuchthaus. Daneben wurde noch auf Geldstrafen von 2 bis 300 000 M. erkannt. Diese Entscheidung hat im Hinblick auf die Flucht Ehrhardts eine sehr aktuelle Bedeutung.

Die Antworten in London eingetroffen.

Die Antworten der französischen und der belgischen Regierung auf die englischen Dokumente sind gestern in London überreicht worden. Aus Verhörungen der Pariser Presse geht hervor, daß sie, wenn auch nicht in der Ruhestage, so doch in der Reparationsfrage nicht unwesentlich voneinander abweichen. Obwohl man in Brüssel mit der Möglichkeit weiterer Verhandlungen mit England rechnet, ist man in London über die weitere Entwicklung der Dinge pessimistisch.

Die Not steigt!

Jeden Tag ärger macht sich das Verlangen der „Regierung der Fachmänner“ fühlbar. Die Preise aller unentbehrlichen Lebensmittel haben einen Wettlauf angetreten. In jedem Hause herrscht dumpfe Stimmung der Verzweiflung, weil alle Berechnungen und Hoffnungen in der nächsten Stunde durch die Kursnotierung über den Haufen gerannt werden.

In solcher Zeit der größten Erregung und der gespanntesten politischen Lage bedarf jeder eines vertrauten Führers durch die wirtschaftlichen Wirrsale und politischen Konstellationen; eines Führers, der über die wichtigen sich oft überstürzenden Ereignisse schnell und zuverlässig unterrichtet und durch scharfe sachliche Kritik die Zustände selbst zu bessern sucht. Ein solcher Führer, der sich dauernd steigender Beliebtheit erfreut, ist der „Vorwärts“. Deshalb sollte jeder unserer Leser am Monatsende nicht nur selbst sein Abonnement erneuern, sondern auch neue Leser werden für den

„Vorwärts“.

Nachstehender Bestellzettel ist auszufüllen und an die Hauptgeschäftsstelle des „Vorwärts“, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, einzusenden. (In Orten außerhalb Groß-Berlins ist der „Vorwärts“ bei der Post zu bestellen.)

Ich abonniere den „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Zeit“, der Unterhaltungsbeilage „Helmwelt“ und der 14tägig erscheinenden illustrierten Beilage „Siedlung und Kleingarten“ in Groß-Berlin täglich zweimal frei ins Haus.

Name _____

Wohnung: _____

_____ Straße Nr. _____

vorn — Hof — Quergeb. — Seitenstr. — Tr. links — rechts

bei _____

Obermieter und Untermieter.

Das Schreckgespenst aller Mieteinigungsämter und ordentlichen Gerichte sind die Streitigkeiten zwischen Hauptmietern und Untermietern. Man erlebt ja schon mancherlei Unangenehmes bei den prozessualen Hofgefängen im Streit zwischen Hauswirt und Mietern. Hier sind im Hause die Streitbahnen und Streitbahnen doch wenigstens durch Treppenture und Stockwerke getrennt. Sie können sich gegenseitig einigermassen "schneiden". Ganz anders beim Untermieter. Der lebt mit dem Vermieter auf dem gleichen Korridor, also Wand an Wand, und benutzt täglich die gleichen Nebenräume. Man kann sich unmöglich ganz aus dem Wege gehen und bellt sich, wenn erst einmal der Hauskrieg begonnen hat, wie Hund und Rahe an. Es kommt zu Ausperrungen, Schlüsselwagnahme, tausend kleinen Schikanen, hohnbüchernen Beleidigungen und selbst zu Prügeleien. Unter fürchterlichem Wortschwall werden beim Einigungsamt die beiderseitigen Anklagen vorgebracht. Nur selten gelingt die oberflächliche Wiederherstellung des Friedens. Meist ist der Refrain: Wir müssen auseinandergehen und wollen uns nie wiedersehen...

Die leere Stube.

Die Jungverheirateten waren überglücklich, als sie ein ausgeräumtes Zimmer auftrieben. Der Hauptmieter hatte einen halb-erwachsenen Sohn in die weite Welt ziehen lassen und wollte als guter Rechner seine Mietzinslast verringern. Wer das richtig versteht, wohnt heute sogar umsonst oder erhält noch einen hübschen Betrag als Uberschuß. Die eigentliche Mietsache hält sich vielleicht noch in mäßigen Grenzen, aber für Nebenleistungen wie Küchenbenutzung und dergleichen wird allerlei extra berechnet, das über die Mietsache, die dem Hauswirt zu zahlen ist, weit hinausgeht. So ein junges Paar soll doch froh sein, daß es überhaupt ein halbeigenes Dach über dem Kopf hat. Beide verdienen gut und können bezahlen oder mögen doch weiter getrennt wohnen. So kalkuliert der Hauptmieter. Er zog ein laures Gesicht, als auf einem Handwagen die paar Sachen ankamen. Aber na — zu der kleinsten Wohnungseinrichtung gehören Millionen. Hauptsache, bleibt schließlich Ruhe und pünktliches Zahlen. Ein Jährchen lang ging alles ganz gut. Mit dem neuen Erdbeben kam der Krach ins Haus. Das heißt, der nervöse Hauptmieter, der auch nicht taubstumm geboren war, brüllte in seiner Wut mehr als der „Kronprinz“. Das Kollegium des Mieteinigungsamtes wies den Kündigungsantrag lachend zurück. Die jungen Eltern hatten trotzdem die Nase gründlich voll und suchten sich mit viel Mühe eine neue Bleibe, in der sie auch das Kindergelächel — extra bezahlen.

Noch schlimmer ergeht es oft alleinstehenden Frauen und Mädchen mit eigenen Möbeln. Zuweilen sehr bald schließt die anfängliche Freundlichkeitsfrist in bittere Feindschaft um, wobei vielfach auch eifersüchtige Reaktionen eine Rolle spielen. Man hat gelebt wie in einer Familie und kann sich nun nicht mehr riechen. Was da täglich vorgeht, wenn etwa gar Küchenbenutzung ausgemacht ist, läßt sich vorstellen. Beide Teile gehen mit Häuten, Fingerringen, Brautpfannen und Feuerhaken auseinander los. Der Rest ist die Räumungsfrage. Recht häßlich sind dann immer die Verdächtigungen, daß die Alleinstehende ein lockeres Leben führe. Ein gelegentlicher Herrenbesuch kann sehr harmlos sein. Man sucht nach Splittern und sieht nicht die Balken im eigenen Auge.

Möbliert.

Es ist eine alte Geschichte, die ewig neu bleibt und in unserer neuen Zeit zu neuen Uebelständen kräftiger Art führet. Der Gesetzgeber hat mit Recht auch hier Schutzbestimmungen vorsehen, aber die besten Absichten scheitern an der Rot derer, die ein Unterkommen im möblierten Zimmer unbedingt brauchen und bei dem überaus geringen Angebot derartiger Wohnungen bereit sind zu halb freiwilligen, halb erzwungenen Zugeständnissen. Die weit über das gesetzlich erlaubte Maß hinausgehenden, Ausländer, denen „keine Lust zu teuer ist“, und auch geldkräftige infanzirliche Untermieter haben die Preise verdorben. In den Inseratenplantagen wird für ein einziges Zimmer eine Willon und darüber angeboten. Das verführt dann naturgemäß auch solche Zimmervermieter, die

sich bisher noch einigermaßen im gesetzlichen Rahmen hielten, immer mehr zu unverschämten Forderungen. Wer einen Ausländer als möblierten Herrn hat, rühmt sich dessen, hält ihn fest wie mit Jangen, und vor noch keinen hat, legt alle Hebel in Bewegung, einen zu erlangen. Jeder Ausländer beansprucht natürlich eine „sturmfreie Bude“ und wird dann von seiner Schlummermutter, die gegenüber dem geringen Zähler so scharf durch die Moralbrille sehen konnte, noch tüchtiger geschöpft. Fast nie wird der Ausländer klagbar, weil er weiß, daß er dem Wucher Vorschub leistet. Schlimmstenfalls holt er sich beim Auszug einen „Brünn“, um seine Koffer herauszubekommen, die zu guter Letzt wegen allerhand sehr fragwürdiger Forderungen einbehalten wurden. Diese Ausperrungssucht, über die man ja verschiedentlich urteilen mag, schließt viele reeller denkende Vermieterinnen, die keine Apothekerrechnungen aufstellen, nicht aus. Immerhin ist es nicht leicht, solche freundlichen Wirten wunderbar zu entdecken und sich bei ihnen zu behaupten. Anfangs ist bei jedem Abvermieter „alles in Butter“. Das war schon immer so, aber heute noch schneller als früher kommt das dicke Ende nach. Nicht ganz selten liegt schließlich die Schuld auch beim Untermieter, der zu kleinlich ist, um einzusehen, daß auch auf diesem Gebiete eine fast monatliche Erhöhung für den Vermieter eine Lebensnotwendigkeit ist, oder der für gute Bezahlung Ansprüche stellt, die zum Konflikt führen müssen.

Die Schlafstelle.

Längst sind die Vermietungszettel, die in besseren Zeiten zu Zehntausenden an den Berliner Hauseingängen zu sehen waren, verschwunden. Die bloßen Schlafstellen, die kein eigenes Zimmer zum ganzjährigen Gebrauch gewährleisten, liegen meist schon seit Jahren in festen Händen. Der einstige ungeheure Wechsel hat aufgehört oder ist auf Tausch beschränkt. Das wochenlange Leerstehen eines zu vermieteten Bettes kommt gar nicht mehr vor. Wer eine Schlafstelle hat, nimmt sich in acht, sie zu verlieren. Zahlreiche junge Ehepaare wohnen in Schlafstelle, ohne eigene Möbel. Was daraus werden soll, wissen sie selbst nicht. Es ist Ehe ohne Heim, unter Kontrolle fremder Menschen. Solche Ehepaare sind schon zufrieden, wenn sie endlich für schweres Geld ein möbliertes Zimmer ergattern. Auch das ist nur ein Notbehelf. Man fühlt sich nur geduldet, kann nicht nach freiem Willen schalten und walten. Die Zahl der bloßen Schlafstellen hat sich überproportional vermehrt. Das wird klar, wenn man sich überlegt, wo der Strom der Jungverheirateten ist. Eine gewisse Verschiebung der Verhältnisse ist allerdings eingetreten. Manche Familien, in denen auch die Kinder gut verdienen, haben auf das Anhängsel der Schlafburden und Schlafmädchen verzichtet können. Wo schlecht verdient wird, muß aus dem Abvermieter wohl oder übel ein Geschäft gemacht werden. Selbst verarmende Familien des Mittelstandes sind immer mehr dazu übergegangen.

Die Rechtslage.

Undurchsichtige Hauswirte, die auf den Wortlaut des Mietvertrages pochen und das Untermieten überhaupt nicht gestatten wollen, kommen damit nicht durch. Berufet sich der Hausbesitzer auf eine Kollage, so muß er auch Verständnis haben für die soziale Not von Mietern. Die Polizeireviere stampeln Anmeldungen, auf denen die Unterschrift des Hausbesitzers verweigert wird, in der Regel einfach ab, und das Mieteinigungsamt kann auf Antrag das Untermieten ausdrücklich genehmigen, wenn nicht besonders schwerwiegende Gründe dagegen sprechen. Höheren Mietzins zu verlangen, ist nicht zulässig. Der Hauswirt kann nur einen Zuschlag an Mehrverbrauch an Wasser beantragen, tut das aber selten, weil ja in der Hauptsache die Gesamtheit der Mieter das Wasser zu bezahlen hat. Das gleiche Antragsrecht haben die Mieter nicht. Das Abvermieten von bloßen Schlafstellen ist gesetzlich nicht besonders geregelt. Man kann aber für Großberlin den § 11 der Magistratsbesonntmachung vom 8. September 1922 auch hier insofern anwenden, als der Mietzins in angemessenem Verhältnis zu dem Gesamtmietzins des Wohnungsinhabers stehen soll und die Forderung für Ueberlassung und Abnutzung von Einrichtungsgegenständen, Wäsche, Geschirr usw. keine wucherische sein soll. Der Zuschlag für Ueberlassung und Abnutzung ist jedenfalls

nur für möblierte Zimmer oder Wohnungen festgesetzt und beträgt noch immer 150 Proz. für einfach möblierte Räume, 250 Proz. für bürgerlich möblierte und 500 Proz. für elegant möblierte. Für alles andere sind die ortsüblichen Preise zu zahlen auch für die Heizung und Beleuchtung. In allen Streitigkeiten über den Mietzins, die namentlich wegen der Nebenleistungen häufig entstehen, entscheidet das Mieteinigungsamt. Andere Streitigkeiten, beispielsweise über Nichterfüllung der vereinbarten Pflichten seitens des Vermieters, gehören vor das Amtsgericht, vom 1. Oktober ab auch alle Kündigungs- und Räumungsanträge.

Das neue Mieterchutzgesetz, das dann in Kraft tritt, bezieht sich gleichmäßig auch auf Untermieter. Was daraus sich in der Praxis entwickeln wird, bleibt abzuwarten. Der Mieterchutz nach diesem Gesetz ist immerhin so stark, daß auch für Untermieter, die sich angemessen verhalten, größere Schwierigkeiten nicht zu befürchten sind.

Verzweifelte Hausfrauen.

Ungehindert und ungehemmt wuchert auf die vielfach bereits rat- und hilflos und mit tränenden Augen von einem Leben zum anderen irrenden Hausfrauen die Lebensmittelpnot hernieder. Wenn der Mann von der Arbeit nach Hause kommt, soll ein schmackhaftes Essen auf dem Tisch stehen. Fleisch wird vermutlich gestern kaum mehr auf einem Tisch der arbeitenden Bevölkerung gestanden haben, denn die Preise bewegen sich nicht mehr unter hunderttausend Mark für das Pfund. Das würde für nicht wenige den Verdienst eines ganzen Tages ausmachen. Wenn aber kein Fleisch auf den Tisch kommt, dann muß wenigstens Fett vorhanden sein. Aber auch das ist nicht mehr da. Wie stellt man sich eigentlich in den Bureaus der Reichsministerien, die das alles kommen sehen mußten, unter solchen Umständen den Fortgang der produktiven Arbeit vor? Glaubst man, ein industrieller Schwerarbeiter könne die Kraft zu seiner Arbeit aus Wassergrießkuppen und in Wasser gedünstem Gemüse ziehen, derweilen aus den Küchen der Lusthotels und Schlemmerrestaurants unentwegt die verlockendsten Fleisch- und Fettbänke aufsteigen? Wenn die Fettnot nicht schleunigst behoben wird, können sich die allerungenehmtesten Konsequenzen daraus ergeben. Bereits am 27. Juli wurde uns aus Oranienburg mitgeteilt, daß man dort für das Pfund Margarine 160 000 M. verlangt habe. Gestern wurden in Berlin 120 000 bis 140 000 M. bezahlt. Kartoffeln fehlen noch immer vollkommen, und man weiß in der Tat nicht, wozu sie führen soll, wenn selbst dieses Volksmittel nicht mehr (oder noch nicht) herankommt.

Die Kommunisten haben bewiesen, daß, wenn sie wollen, sie auch ruhig und munterlich demonstrieren können. Die Behörden haben bemerkt, daß sie Bevölkerung und Geschäftsleute gegen Uebergriffe schützen können. Der Einspruch, daß die Kaufleute und Händler sich nicht mehr trauen, wegen Plünderungsgefahr Lebensmittel nach Berlin einzuführen, fällt weg. Also heron von außerhalb mit den Nahrungsmitteln! Und wenn die privaten Händler und Geschäfte angeblich keine „Traute“ mehr haben, dann bleibt eben nichts anderes übrig, als daß wie in Kriegszeiten der Handel mit den wichtigsten Lebensmitteln der öffentlichen Hand, d. h. den Gemeinden übergeben wird, wobei die Konsumgenossenschaften die Verteilung übernehmen. Wie man das zu machen hat, hat man in den Arbeiterorten ganz bestimmt noch nicht vergessen. So teilt das Bezirksamt Neutalun folgendes mit:

In der Zeit vom 30. Juli bis 15. August werden im Verwaltungsbezirk Neutalun in den Verkaufsstellen der Neutaluner Großhandels-Gesellschaft und der Konsumgenossenschaft Bohnen und Schmalz zu verbilligten Preisen an Kinderbewilligte verkauft. Zum Bezuge sind zugelassen: die Empfänger einer laufenden Armenunterstützung, die Sozialrentenunterstützungsempfänger, die nach dem Kleinrentnergesetz unterstützungsberechtigten Personen, Kriegsschädigte und Kriegshinterbliebene mit einem Gesamteinkommen

51]

Als die Wasser fielen.

Von Otto Rung.

Gerda stand auf der Landungsbrücke, die zu Gudes Deck führte. Sie sah ihn lebend auf seinem gewöhnlichen Platze im Schutze eines Windsegels. Als er sie bemerkte, drehte er den Kopf, um seinen Mund lag das ganz kleine ironische Lächeln, das sie kannte; er erhob sich rasch und ging ihr entgegen. Sein Gang war leicht, beinahe stüchtig, seine Gestalt hatte nicht ganz die Annut des Schwagers, aber seine Haltung zeigte Kero, eine eigene elastische Unruhe, seine Nähe erwärmte sie seltsam und erschreckte sie doch zugleich. Sie spürte bitter das überlegene Urteil in seinem Blick; wahrscheinlich hatte er sie längst aus dem festen System, in das er sein Leben ordnete, ausgeschieden. Mit seinem dunklen Haar, seinem starken Profil gleich er einem Indjaner, der schnellfüßig, leicht gebaut und schlant, intensiv nach Spuren spähte, um seinen Weg zu finden. Jetzt stand er vor ihr und wartete darauf, was sie ihm zu sagen hätte.

Die Zwillinge wären zu ihr gekommen, sagte sie. Heute wären sie mit der Fähre angekommen und hätten sie sofort hier an Bord ausgelacht.

Zögernd fuhr sie fort, daß sie nichts Besseres wüßte, als keinen Rat zu suchen. Die beiden Mädchen wären gekommen und ganz hilflos. Unglaubliches hätten sie auf ihrer Reise in Schweden durchgemacht.

„Ich habe mich ihrer angenommen,“ sagte sie, „so gut ich kann. Aber es handelt sich nicht um den jetzigen Augenblick, da kann ich ihnen gut allein helfen. Ihre Zukunft, ihr ganzes Schicksal ist es, wofür ich Rat brauche!“ Ihre Stimme zögerte: „Ich habe niemand außer Ihnen, den ich fragen könnte. Kapitän Högelund ist fortgeritten, wohin, wissen weder die Zwillinge noch ich. Und Rastab — ihr einziger Freund — ja, er ist wohl da, wo Kapitän Högelund sich versteckt hat. Sind Sie böse, weil ich zu Ihnen komme?“

Er nahm ihre Hand: „Sie haben mir nur eine Freude bereitet, daß Sie gekommen sind.“ Er lachte munter. „Ich werde schon Rat für die Zwillinge schaffen. Lassen Sie mich gleich mit ihnen reden.“

Sie gingen zusammen an Land und dann achtern wieder an Bord. Als sie leht mit ihm ging, fühlte sie ein seltsames Glück, es traf sie plötzlich wie eine Reue: Habe ich ihn deshalb aufgesucht — nur um seine Nähe zu spüren?

Sie beugte das Haupt und lächelte heimlich: „Ich hätte vielleicht auch Ihren Schwager, Kapitän Stark, ausfragen können. Wir sind gute Bekannte geworden. Er ist zur Zeit mein Modell, wissen Sie, und kommt täglich an Bord.“

Sein hastiger Seitenblick entging ihr nicht. Abgewandt fügte sie hinzu: „Aber es ging nicht an, ihn zu fragen. Es ist, als wären alle fremden Dinge ohne Wirklichkeit für ihn; er lebt auf einer einzigen Linie. Rein, er ist anders als irgend jemand, den ich gekannt habe!“ Sie schwieg.

Sie fanden die Zwillinge in Gudas Kajüte, jeden auf einem hochroten Plüschstuhl. Wie sie mit drallen bloßen Armen und einwärts gewandten Schuhspitzen unter dem kurzen Rock dasaßen, glitten sie zwei erschrocken Bögelchen. Sie hatten beide schlafgedrückte Strohhüte auf dem ungelämmten Pagenhaar, an den nicht ganz reinen Busen fehlten Haken, und ein Stückchen Busen mit einem Zipfel Kammertuch und einem vergilbten Seidenband kam zum Vorschein. Ihre Mienen waren still, der Blick in grenzenlosem Vertrauen erstarrt. Gude dachte, daß sein Versprechen, gleich Rat zu schaffen, sicher sehr leichtsinnig gewesen wäre.

Er erfuhr, daß sie Gession und Gysse hießen, von dem Vater wohl nach Dampfschiffen ohne Rücksicht darauf genannt, daß der Mythe zufolge Gysse männlich und Gession weiblich war. Wenn jemand Einwände erhoben hätte, so würde Kapitän Högelund sicherlich geantwortet haben, daß Dampfschiffe zum Einzelst auch gut männliche Namen tragen könnten, obgleich sie alle in der Seemannssprache weiblichen Geschlechts wären! Hatte er nicht selbst einen Dampfer geführt, der Apollo hieß? Dann könnte er auch wohl seinen eigenen Zwilling Gysse nennen, obgleich er ein Mädchen war! Außerdem war es sein Zwilling!

Die beiden Mädchen betrachteten Gude stumm und ruhig, als erwarteten sie ein Wunder von ihm. Er strich sich nachdenklich das Kinn: was sollte er nur mit ihnen aufstellen?

Gerda erzählte, daß die Zwillinge gleich nach ihrer Ankunft mit der Fähre in die leere Wohnung geangenen seien und dort einen Zettel mit der neuen Adresse der Freundin hier an Bord gefunden hätten. Und wo ihr Vater wäre, nein, das ahnten sie nicht!

„Hatten Sie denn nicht Kapitän Högelunds Annonce in der schwedischen Schiffszeitung gesehen?“ fragte Gude. Aber sie schüttelten beide den Kopf. Sie wußten nicht, was eine Schiffszeitung war.

Gerda betrachtete sie mit mütterlicher Miene. Vorläufig konnten sie eine reine Bluse und was sie sonst an Zeug brauchen, von ihr bekommen. „Und dann müssen wir weiter sehen, was wir mit euch tun sollen.“ Sie sah Gude fragend an.

Er nickte: „Ja, wir werden schon sehen!“ „Glücklicherweise,“ sagte Gerda, „bin ich jetzt so gestellt, daß ich ihnen — auf jeden Fall eine Zeilang — mit dem Allernotwendigsten aushelfen kann. Sie brauchen beide alles mögliche. Ihre Strümpfe bestehen nur aus Wöckern, sie sind

eine ganze Woche lang damit gegangen und tragen die Schuhe ungefähr auf den bloßen Füßen. Sie besitzen nur das eine Paar! Auf ihrer Reise durch Schweden haben sie schreckliche Dinge erlebt —“

Gude betrachtete sie mit weichem Herzen. Er sah sie vor sich, wie sie fortwanderten aus dem zusammengefallenen Heim, non den ledern Heizungsrohren und den zerlegten Tapeten. Er dachte an das alte Lied: Die Älteste nahm die Jüngste bei der Hand! — Obwohl es hier im Grunde weder Älteste noch Jüngste gab! —

„Erzählt alles, was ihr durchgemacht habt,“ mies Gerda sie an und wiegte sich in ihrem Schaukelstuhl, während die Mädchen erzählten; sie hatte alles schon einmal gehört und paßte genau auf, wenn das Geschwisterpaar etwas übersprang.

Sie wären in ganz Wärmland herumgekommen, erzählten Gession und Gysse abwechselnd und mit häufigen Pausen, um der anderen Gelegenheit zu geben, weiter zu erzählen. Wenn Gude die Augen schloß, glaubte er ununterbrochen dieselbe Stimme zu hören, die schon ein wenig mit schwedischem Akzent sprach — obwohl die ganze Reise durch Schweden nur ein paar Monate gedauert hatte —, und die allerwesentlichsten Dinge am stärksten betonte, wohl um sie nicht zu benachteiligen. Die schlimmsten Erlebnisse sprachen auch selbst genügend für sich!

Gession war bald als Knabe und bald als Mädchen gekleidet gewesen, darauf kam es an — auf Verwechslungen nämlich! Herr Svoboda, mit dem sie reisten, war in eine von ihnen verliebt und wußte nicht, welche es war; aber daß sie in Wirklichkeit zwei Schwestern waren, erfuhr er erst ganz zuletzt und wußte dann nicht, welche er sich ertoren hatte, ehe sie sich einander anvertrauten und sich darüber einig wurden, welche von ihnen ihn haben sollte, weil sie ihn am höchsten liebte! Doch in der Zwischenzeit hatten sie fürchterliche Dinge in Wärmland und im allernärdlichsten Schweden erlebt, wo sie fast einen ganzen Monat unter Lappen und Rentieren zugebracht hatten. Gession war von einem Rentier gefallen, und ihr Arm trug noch die blauen Flecken, wo Herr Svoboda sie gekniffen hatte, als er sie über ein Brett tragen sollte, das er über einen Wasserfall gelegt hatte, und sie schwindlig wurde. Sie hatten mehrere Stunden im Schnee vergraben gelegen, und zuletzt hatten sie, Gession in Anabenhosen und Gysse im Rock, über einen großen See Schwimmen müssen, während am Strande ein budziger Bauer auf der Weige spielte, um allen Zauber der Lappen auf sie herabzurufen, weil er entweder die eine oder auch die andere liebte und eifersüchtig auf Herrn Svoboda war, der ihm schließlich mit dem Revolver drohen mußte. —

(Fortsetzung folgt.)

